



Wissen. Wirkung. Werte.

Corona-Newsletter V | 24. März 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute trafen die Bundestagsabgeordneten zu ihrer wohl letzten – mehr oder minder „normalen“ – Sitzungswoche in Berlin ein. Gestern verständigten sich die parlamentarischen Geschäftsführer der Bundestagsfraktionen und Bundestagspräsident Schäuble darauf, dass die Beschlussfähigkeit des Bundestages künftig nicht mehr 50% Anwesenheit der Parlamentarier erfordern soll. Vielmehr soll bis zum 30. September 2020 ein Viertel der Parlamentarier zur Beschlussfähigkeit ausreichen. Entsprechendes soll auch für die Bundestagsausschüsse gelten.

Bislang wurde noch nicht bekannt, ob auch die AfD-Fraktion diesem Verfahrensvorschlag zustimmt. Notwendig ist diese Zustimmung nicht, aber man sei bestrebt, eine einstimmig verabschiedete Lösung zu finden, heißt es aus internen Kreisen.

Der morgige Mittwoch wird aber nicht nur wegen dieser einmaligen Regelung in die bundesrepublikanische Geschichte eingehen. Auch das zu beschließende Rettungspaket hat historisch einmalige Dimensionen. Der Bundestag wird mit dem umfassenden Maßnahmenpaket der Regierung den epidemischen Notfall auslösen und damit viele Befugnisse an das Bundesgesundheitsministerium abgeben. Dass dies wohl weitgehend im Konsens geschieht, bestätigte auch Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckhardt.

Heute sprach Bundeswirtschaftsminister Altmeier aus, was der Koalitionspartner schon seit Tagen anmahnt. Angesichts des immensen Rettungsschirms für die deutsche Wirtschaft sind auch Verstaatlichungen oder staatliche Teilübernahmen nicht mehr ausgeschlossen. Gerüchteweise gibt es bereits erste Einzelfälle, wo der Einstieg der KfW konkret verhandelt werde.

Zur Stunde noch unklar ist, ob der Vorstoß einiger Unionsabgeordneter (mit Unterstützung der betroffenen Wirtschaft) Erfolg haben wird: Sie wollen Mietern und Verbrauchern lieber nicht die weitreichenden Rechte einräumen, fällige Zahlungen und Mieten nicht leisten zu müssen. Ihr Vorschlag lautet, das Kurzarbeitergeld für die Dauer der Krise befristet von 60% auf 80% anzuheben, um die von Kurzarbeit betroffenen Familien gar nicht erst in die soziale Notlage zu bringen.

In diese hoch dynamische und prekäre Lage passen noch zwei Meldungen: Über sechs Millionen von der Bundeswehr geordnete Schutzmasken sind offenbar in Kenia verschwunden (Spiegel). Der Pop-Star-Unternehmer und Tesla-Chef Elon Musk stoppt seine Autoproduktion und investiert gleichzeitig in Beatmungsgeräte aus China.

Mit den besten Grüßen

Johanssen+Kretschmer Strategische Kommunikation GmbH



LAGE IN DEUTSCHLAND

Nachdem das Bundeskabinett gestern ihr umfassendes Maßnahmenpaket vorgestellt hatte, beraten sich heute – vor dem morgigen Zusammenkommen des Bundestages – die Abgeordneten innerhalb ihrer Fraktionen. Dabei brachte Wirtschaftsminister Altmaier erneut mögliche Verstaatlichungen ins Spiel. Währenddessen finden sich in der medialen Berichterstattung erste Reaktionen der betroffenen Wirtschaftsbereiche. So loben die fünf Wirtschaftsweisen die vorgestellten Beschlüsse und hoffen damit auf ein "V-Szenario" der Wirtschaftsleistung – auf einen steilen Einbruch würde eine steile Erholung folgen. Die Immobilienwirtschaft hingegen befürchtet durch die nun ermöglichten Mietstundungen finanzielle Engpässe bei den Vermietern. Außerdem: Die Insolvenzwellen in der Systemgastronomie geht weiter. Nach Vapiano erklärt nun auch die Steakhauskette Maredo ihre Zahlungsunfähigkeit. In beiden Fällen scheint aber klar, dass die Corona-Krise lediglich der letzte Tropfen war, der das Fass zum Überlaufen brachte.



POLITIK



Göring-Eckardt: Bundestag wird am Mittwoch epidemiologische Lage ausrufen

Der Bundestag wird nach Angaben von Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt am Mittwoch den Epidemiefall ausrufen. Die Regelung werde auf ein Jahr begrenzt sein, sagte Göring-Eckardt weiter. Der "Gesetzentwurf zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite" sieht vor, schnelle Entscheidungen zu ermöglichen, um auf eine Epidemie effektiv reagieren zu können. Das Bundesgesundheitsministerium soll ermächtigt werden, Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung zu treffen und die Gesundheitsversorgung sicher zu stellen. Dabei geht es etwa um Vorschriften für den grenzüberschreitenden Reiseverkehr, zum Beispiel Meldepflichten im Bahn- und Busverkehr. ([AFP](#))

Altmaier: Verstaatlichungen sind möglich

Um die Wirtschaftsstrukturen in Deutschland zu schützen, bringt Wirtschaftsminister Altmaier erneut Verstaatlichungen ins Spiel. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hat erneut deutlich gemacht, dass der Staat in der Corona-Krise notfalls auch Firmen teilweise oder ganz übernehmen wird. Man lege es nicht darauf an, "aber unser Land muss sich schützen können". Allerdings seien diese Maßnahmen nur der "allerletzte Ausweg". Solche Übernahmen seien etwa denkbar, wenn deutsche Interessen "vital gefährdet" seien. ([zdf](#))

Wirtschaftsweise setzen in Corona-Krise auf "V-Szenario" für die Konjunktur

Auf den steilen Einbruch der Wirtschaftsleistung in der Corona-Krise folgt auch eine steile Erholung - ein solches V-förmiges Szenario ist nach Einschätzung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung derzeit am wahrscheinlichsten. "Viel hängt am Ende auch davon ab, dass wir schnell wieder aus der Krise herauskommen", sagte der neue Vorsitzende der Wirtschaftsweisen, Lars Feld, am Dienstag nach Beratungen mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). "Das wahrscheinlichste Szenario aus Sicht des Sachverständigenrates ist im Moment ein V-Szenario", sagte er. "Risikoalternativen sind ein tieferes V oder eine U-Entwicklung". (AFP)



Immobilienwirtschaft warnt vor ausbleibenden Mietzahlungen

Die Bundesregierung will privaten und gewerblichen Mietern in der Corona-Krise erlauben, in den kommenden drei Monaten ihre Zahlungen zu reduzieren oder einzustellen, ohne dass der Vermieter ihnen deshalb kündigen kann. Eine entsprechende Regelung soll am Mittwoch vom Bundestag auf Vorschlag des Kabinetts verabschiedet werden.

Dagegen rebellieren Vermietervertreter: 57 Prozent der Privateigentümer vermieten nur eine einzige Mietwohnung. Ein Mietausfall kann für diese Menschen eine ernsthafte finanzielle Schieflage auslösen“, warnte Kai Warnecke, Präsident des Eigentümerverbands Haus & Grund. „Nicht selten sind private Vermieter Rentner, die auf die Mieteinnahmen angewiesen sind,“ eine pauschale Stundung aller Mietzinszahlungen könne die Immobilienbranche daher in die Knie zwingen. (FAZ)

Telekom übergibt zweiten Handydatensatz ans Robert Koch-Institut

Die Deutsche Telekom hat dem Robert Koch-Institut (RKI) erneut anonymisierte Kundendaten zur Erforschung der Ausbreitung des neuen Coronavirus Sars-CoV-2 zur Verfügung gestellt. Mit der zweiten Lieferung seien aktuelle Daten bis zum 19. März übermittelt worden, sagte eine Telekomsprecherin. Anhand eines Vergleichs der beiden Datenpakete will das RKI feststellen, ob sich das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung - und damit wahrscheinlich auch die Ansteckungsrate - etwa durch die Schließung der Schulen und die verstärkte Arbeit im Homeoffice verändert hat. (Spiegel.de)

Auf Vapiano folgt Maredo

Erst Pasta, jetzt Steaks: Nachdem in der vergangenen Woche die Restaurantkette Vapiano erklärt hat, zahlungsunfähig zu sein, teilte nun die Steakhaukette Maredo mit, für die wichtigsten Unternehmen der Gruppe „vorsorglich“ Insolvenz in Eigenverwaltung angemeldet zu haben. Zur Wahrung der Sanierungschancen sei diese Insolvenzvariante gewählt worden. Die bisherige Maredo-Geschäftsführung bleibt dabei im Amt, wird nun aber von dem Sanierungsexperten Andreas Elsässer als Chief Insolvency Officer (CIO) verstärkt. (WirtschaftsWoche)



LAGE GLOBAL

Während im Epizentrum des Coronavirus, der chinesischen Provinz Hubei langsam wieder Normalität einkehrt, kämpfen weltweit ganze Branchen gegen die drastischen Verluste, die nur noch durch staatliche Hilfe kompensiert werden können. Dazu einigten sich in den USA Demokraten und Republikaner über die geplante Hilfe für die Vereinigten Staaten und auch die G7 Finanzminister versicherten, alle Maßnahmen zur Abwendung einer Krise zu ergreifen. Tatsächlich wirkten sich Hilfspakete bereits erfolgreich auf die Stabilisierung des Ölpreises aus.

Um sich auf die Bekämpfung globaler Herausforderungen durch das Virus zu fokussieren, appellieren die Vereinten Nationen an friedliche Kooperation.



POLITIK



UN-Generalsekretär ruft zu globalem Waffenstillstand auf

António Guterres fordert vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie ein weltweites Niederlegen aller Kampfhandlungen. "Beendet die Seuche namens Krieg und bekämpft die Krankheit, die unsere Welt verwüstet", sagte Guterres am Montag in New York. Die UN wird dabei unterstützen: Vermittler werden sich mit den verschiedenen Konfliktgruppen in den verschiedenen Krisenländern in Verbindung setzen und Feuerpausen aushandeln. ([Hier die gesamte Rede](#)) Außerdem kündigte er einen Aufruf an die Mitgliedsländer zur Bereitstellung humanitärer Hilfsgelder für den morgigen Mittwoch an. ([SZ](#))

G7 Finanzminister werden tun was nötig ist

Nach einer Krisenvideokonferenz am Montag haben die Finanzminister der G7 Staaten beschlossen, eng zusammenzuarbeiten, um gegen die aktuelle „humanitäre Tragödie“ vorzugehen. "We resolve to coordinate measures and do whatever it takes, using all policy tools, to achieve strong growth in the G7 economies and to safeguard against downside risks," heißt es in dem Statement. ([NewEurope](#))

Lockerung der Blockaden in China

Ein Teil der Beschränkungen in der zentralchinesischen Provinz Hubei, dem Ausbruchsort der Corona-Pandemie, werden gelockert. Nachdem die Zahlen der Neuinfektionen stark abgenommen haben und teilweise nach eigenen Angaben sogar bei null lagen, soll nun das Reiseverbot in Hubei, mit Ausnahme der Stadt Wuhan, aufgehoben werden. Ab Mittwoch um Mitternacht dürfen Menschen die Provinz wieder verlassen. ([SZ](#))

Aufforderung zur Evakuierung der Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln

Der Ausschuss bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments hat in einem Brief die Evakuierung der 42.000 geflüchteten Menschen auf den griechischen Inseln gefordert, um zahlreiche Todesopfer zu vermeiden. Aus dem Text geht nicht hervor, wohin die Menschen evakuiert werden sollen. Die EU-Kommission gab an, mit der griechischen Regierung bereits an einem Notfallplan für den Fall der Ausbreitung des Virus auf den Inseln zu arbeiten. ([The Guardian](#))



EZB in der Kritik: Verdacht auf Staatsfinanzierung

Im Kampf gegen die Folgen der Coronakrise hat die Europäische Zentralbank ein Notkaufprogramm unter anderem für Staatsanleihen angekündigt. Dabei sollen laut EZB-Präsidentin Lagarde bisherige Beschränkungen ggf. vernachlässigt werden. Auch sogenannte "Corona-Bonds" stehen im Raum, mit denen die Schulden europäischer Länder vergemeinschaftet würden. ([Tagesschau](#))

Fed-Nothilfe für US-Wirtschaft stützt Erholung der Ölpreise

Die Ölpreise haben am Dienstag den Aufwärtstrend vom Vortag fortgesetzt. Gestützt wurde die Entwicklung durch die von der US-Notenbank Fed angekündigten Nothilfen für die amerikanische Wirtschaft. Marktbeobachter sahen auch im schwächeren Dollarkurs einen Grund für die aktuell steigenden Ölpreise: Weil Rohöl in US-Dollar gehandelt wird, macht eine schwächere amerikanische Währung Öl außerhalb des Dollarraums günstiger und stützt so die Nachfrage. ([Spiegel](#))

Zahl der Buchungen von Airbnb bricht ein – Börsengang in Gefahr

Der als größter Tech-Börsengang geplante IPO 2020 des Wohnungsvermittlers steht auf der Kippe. Aufgrund des durch die Coronakrise ausgelösten Reiseverbots ist der Umsatz von Airbnb eingebrochen. Nach Angaben des Wall Street Journals soll Airbnb bereits einen Verlust von hunderten Millionen USD verzeichnet haben. ([Wall Street Journal](#)) ([Handelsblatt](#))

Flugzeugindustrie in Not – Kleine Zulieferer vor dem Aus

Nicht nur Airbus und Boeing geraten durch das Coronavirus in Schieflage. Viele Zulieferer werden nur wenige Wochen durchhalten können, warnen Experten. Angesichts der Sorgen um die eigene Liquidität hoffen Airbus und Boeing auf den Staat. Ziel ist es, den Zulieferfirmen das „Überwintern“ der Krise zu ermöglichen. Boeing will dazu zum Beispiel 20 Milliarden Dollar von der US-Regierung – für sich, aber vor allem für die Unternehmen der eigenen Lieferkette. ([Handelsblatt](#))

Tesla-Chef Elon Musk kauft Beatmungsgeräte für die USA

Tesla hatte in der vergangenen Woche einem Produktionsstopp in seinem Hauptwerk im kalifornischen Fremont aufgrund der Coronavirus-Krise zugestimmt. Nun bot Tech-Milliardär Elon Musk seine Hilfe für den Kampf gegen das Coronavirus an. Er habe in China 1255 Beatmungsgeräte gekauft und nach Los Angeles gebracht. ([Handelsblatt](#))



USA streichen Hilfgelder für Afghanistan

Bei einem Überraschungsbesuch in Kabul traf US-Außenminister Mike Pompeo sowohl den afghanischen Präsidenten Aschraf Ghani als auch dessen Kontrahenten Abdullah Abdullah, der ebenfalls das Präsidentenamt für sich beansprucht. Die USA seien sehr unzufrieden mit der politischen Instabilität und betrachten die Beziehung der Länder als „beschädigt“, hieß es später aus Washington. Der Außenminister kündigte außerdem die sofortige Streichung von Hilfgeldern in Höhe von einer Milliarde Dollar an. Weitere Kürzungen könnten im kommenden Jahr folgen. ([The Washington Post](#))

EU-Beitrittsgespräche mit Nordmazedonien und Albanien

Am Morgen haben die Europaminister der 27 Mitgliedsländer dem Beginn offizieller Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien zugestimmt. Zuvor waren Beitrittsverhandlungen unter anderem am Widerstand Frankreichs, Dänemarks und der Niederlande gescheitert. Die EU will damit auch ihre fortwährende Handlungsfähigkeit in Zeiten einer globalen Krise demonstrieren. ([SZ](#))

Kriminalstatistik für 2019

Die Kriminalität in Deutschland ist im vergangenen Jahr erneut gesunken. Das zeigt die am Dienstag durch das Bundsinnenministerium und BKA vorgestellte Kriminalstatistik für das Jahr 2019. So ist zum Beispiel die Zahl der Diebstähle und Gewaltdelikte im vergangenen Jahr erneut gesunken. Einen dramatischen Anstieg dagegen verzeichnen die Behörden bei der Verbreitung kinderpornographischer Schriften und anderer Delikte im digitalen Raum. ([BMI](#)) ([BKA](#))

Mehr Tote durch Drogen in Deutschland

2019 verstarben bundesweit 1.398 Menschen an den Folgen von Drogenkonsum. Dabei handelt es sich um einen Anstieg von fast 10% zum Vorjahr. Diese Statistiken stellte Daniela Ludwig, Drogenbeauftragte der Bundesregierung, am Dienstag vor und fordert angesichts dieser Entwicklung deutlich verbesserte Hilfsangebote und Substitutionsbehandlungen. ([BMG](#))

Olympische Spiele um ein Jahr verschoben

Die Olympischen Spiele in Tokio werden aufgrund der Coronakrise um ein Jahr verschoben. Darauf einigten sich Thomas Bach, Präsident des IOC, und Japans Premierminister Shinzo Abe in einer gemeinsamen Telefonkonferenz heute Morgen. Das Olympische Komitee und japanische Verantwortliche reagieren damit auf die zunehmende Kritik von Sportlern und Verbänden weltweit. Die Spiele in Tokio sollen bis zum Sommer 2021 nachgeholt werden. Ein genauer Termin steht noch nicht fest. ([IOC](#))